Feb. 70 RK.

ROTE KOMMENTARE

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o AStA, Grabengasse 14
Druck: J. Noth

Wer vom Kapitalismus nicht reden will,

sollte auch vom Faschismus schweigen

Proteste gegen die NPD sind gut und nicht schlecht. Sie müssen jedoch die richtige Stoßrichtung haben, um nicht umsonst oder gar irreführend zu sein.

Der antifaschistische Kampf der DGB-Gewerkschaften, von Sozialdemokraten und Kommunisten (DKP) wird unter der Parole "Wehret den Anfängen" geführt. In dieser Parole liegt die Erfahrung der Arbeiterbewegung mit dem Nationalsozialismus begründet, der klein anfing und nach einigem Auf und Ab 1933 die Macht im Staate eroberte. Viele Sozialdemokraten glauben, dies sei nur möglich gewesen, weil der Kampf zwischen den Extremen rechts (NSDAP und Deutschnationale) und links (KPD) den Staat der Weimarer Republik kaputt gemacht hätte. Der Staat von Weimar lag aber 1933 gar nicht in Trümmern, sondern wurde völlig intakt von den Nationalsozialisten übernommen und gegen die gesamte Arbeiterklasse eingesetzt. Ihre Organisationen SPD, KPD und Gewerkschaften wurden verboten. Auch die bürgerlichen Parteien (Zentrum) wurden verboten. Das Bürgertum blieb jedoch an der Macht, nur der bürgerliche Parlamentarismus war überflüssig geworden. Das Beamtentum in Verwaltung und Justiz und die Reichswehr funktionierten unter

Fortsetzung Seite 2: →

Samstag, 14.2.70 15 Uhr

in der Turnhalle, Luisenstrasse

Diskussionsveranstaltung der Linken:

Wie kann der Kampf gegen NPD und Faschismus wirksam geführt werden?

der neuen faschistischen Führung widerstandslos.
Der Staat ist auch heute kein Garant gegen den Faschismus, auch wenn dieser sich so offen äußert wie im Falle der NPD. Ob die SPD nun für 2 oder für 4 Jahre an der Regierung ist, ändert ebenfalls nichts daran, daß der Staatsapparat anderen Gesetzen gehorcht als den Interessen der Arbeiter und Angestellten. Es wäre also falsch zu glauben, man könne heute mit dem Staat im Rücken die NPD bekämpfen.
In der Parole "Wehret den Anfängen" liegt häufig noch ein zweiter Fehler. Es wird nicht berücksichtigt, in welchem Interesse 1933 die Nazis die Macht eroberten. Zunächst hatte der Nationalsozialismus wie eine Art Massenbewegung des kleinen Mannes ausgesehen und das Beiwort "sozialistisch" geführt. Doch an die Macht gekommen, ließ Hitler diese Tarnung fallen. 1934 wurde der sog. Röhm-Putsch inszeniert. Er bedeutete nichts anderes als die Liquidierung der sozialfaschistischen Elemente um Röhm in der SA, die mit Hitlers Arrangement mit dem Großkapital nicht einverstanden waren. Hitler verriet die kleinbürgerlichen Massen, die er vor dem Großkapital zu schützen versprochen hatte. Oder genauer: Das Kapital hatte sich des Nationalsozialismus als eines Instruments zur Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung (KPD, SPD und Gewerkschaften) und zur Täuschung des Kleinbürgertums (kleiner Handel, Handwerk, kleine Angestellte und Beamte) bedient. Nach 1933 nahm die Konzentration in der Wirtschaft zu, selbst die Enteignung und Vernichtung der jüdischen Bürger diente noch der Kapitalkonzentration. (Die getäuschten kleinbürgerlichen Massen sollten dann als Herrenmenschen entschädigt werden und der imperialistische Krieg war als ein Ausleseverfahren gedacht. Er hat auch die Naziherrschaft ausgelesen.) Es wäre also falsch, zu glauben, man könne mit dem Kapital im Rücken die NPD bekämpfen.

Sind die Chancen des anti-faschistischen Kampfes heute besser oder schlechter als in der Weimarer Republik?

Sie sind schlechter, weil es keine politisch bewußte Arbeiterbewegung gibt. Erst die Septemberstreiks haben wieder die Möglichkeit einer sozialistischen Arbeiterbewegung bewiesen. Sie haben aber zugleich das Ausmaß der Schwiergkeiten angedeutet. Die Arbeiterklasse mußte im September ihren ökonomischen Kampf um bessere Löhne z. T. gegen "ihre" Gewerkschaften führen, die sich als "Sozialpartner" des Kapitals verstehen.
Entscheidend für den antifaschistischen Kampf wird es sein, ob die Arbeiterklasse und andere lohnabhängige Schichten sich sozialistisch organisieren können. Die großen Streikbewegungen in ganz Westeuropa sind ein Vorzeichen. Einen Hoffnungsschimmer besonders in der Bundesrepublik stellt die radikale und demokratische Jugendbewegung dar. Gerade weil die demonstrierenden Schüler und Studenten zum überwiegenden Teil aus den bürgerlichen Klassen kommen, stellt ihr Protest einen ernst zu nehmenden Faktor dar. Zeigt er doch an, daß die Bourgeoisie verspätet doch noch die Quittung für ihre Kollaboration mit dem Faschismus erhält. Sie hat sich zwar nach der Niederlage von 1945 wieder in den Sattel geschwungen, und die Herrschaft des Kapitals ist in der BRD heute machtmäßig noch unangefochten. Aber diese Herrschaft "überzeugt" die Jugend nicht mehr. Die Rede der Bourgeoisväter von "Unternehmerinitiative", "Idealismus", "Nation" und "Vaterland" ist faul und stinkt den Söhnen. Der Idealismus, den die Bourgeoisie predigt, ist von der Jugend als Persilschein durchschaut worden, den man sich ausgestellt hat, um seine NS-Gesinnung zu entschuldigen. So ist es zu erklären, daß die Gymnasial- und akademische Jugend sich heute dem Marxismus zuwendet: Sie will den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus materialistisch erklären können.
Das Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und linker Intelligenz ist zwar jetzt noch nur eine Hoffnung, aber mehr als ein bloßer Wunschtraum.

Die Rolle der NPD - ist die NPD auf dem absteigenden Ast?

Die Tatsache, daß die NPD knapp den Eintritt in den Bundestag verfehlt hat, wird von vielen, auch von überzeugten Demokraten, als Anlaß dafür genommen, die NPD durch "Totschweigen" zu bekämpfen. Während diese Liberalen die NPD totschweigen, hat sich die NPD zu einem unentbehrlichen Kettenhund des Kapitals gemausert: Anfänglich von "Ehemaligen" und anderen versprengten Rechten gegründet, stützte sich die NPD vorwiegend auf die unzufriedenen Schichten im Kleinbürgertum und in der Bauernschaft. Inzwischen hat sie diese Opfer des Kapitalismus längst abgehängt und braucht sie lediglich noch als Stimmvieh bei Wahlen.
In der Agrar-Politik ist die Erhaltung eines "gesunden Bauernstandes" um jeden Preis zugunsten der leeren Parole von den "kostendeckenden Preisen" für die Bauern aufgegeben worden. In der Bildungs- und Wissenschaftspolitik übertrifft die NPD die anderen kapitalistischen Parteien CDU, SPD und FDP mit technokratischen Vorschlägen, die die Verwertung der Wissenschaft "kostensparend" in den Dienst des Kapitals stellen sollen. (Vgl. zur Agrar- und Wissenschaftspolitik der NPD: L. Niethammer, Angepaßter Faschismus, Frankfurt 1969) Die NPD ist weiter die einzige Partei, die offen die Gewerkschaften bekämpft, während die "Volks-

parteien" CDU und SPD so sehr mit ihnen verfilzt sind, daß sie nicht von außen angreifen können. Schließlich ist die NPD die Partei, die den etablierten Parteien ein Alibi für anti-rechtsstaatliche und anti-demokratische Praktiken in der Bekämpfung oppositioneller Minderheiten und avantgardistischer sozialistischer Gruppen liefert. Unter dem Vorwand, ihre Wähler nicht an die NPD verlieren zu dürfen, können sich CDU, CSU, FDP und SPD der Methoden der NPD bedienen. "Während die Gewerkschaften die NPD bekämpfen - durch politische Aufklärungsarbeit, durch Protestdemonstrationen, durch den konsequenten Ausschluß aller NPD-Mitglieder und schließlich durch die Forderung nach einem Verbot der NPD -, verhalten sich die Unternehmer zwar offiziell noch reserviert, legen aber doch jetzt schon ein bemerkenswertes Wohlwollen an den Tag. So hieß es in einem Leitartikel des Chefredakteurs Dr. Heinrichsbauer in der offiziellen Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Der Arbeitgeber, am 20. April 1966 unter der Überschrift Ist "national" ein Unglück?: "Nicht weil wir die NPD für verkappte Nazis, sondern weil wir sie nicht dafür halten, setzten wir uns hier mit ihr auseinander, denn gerade darin scheinen uns die Wurzeln dieser Partei zu liegen, der wir denn auch hier und im Augenblick noch keine besondere Giftigkeit nachsagen wollen.""(R. Kühnl u.a., Die NPD, Frankfurt 1969, S. 309) Das Wohlwollen des Arbeitgeberverbandes hat sich die NPD redlich verdient. Sie ist die einzige Partei, die auch lautsagen darf, was die anderen tun. Je lauter sie es sagt, desto mehr tun die anderen für die Kapitalisten. Die NPD über die Unternehmer: "Was sich ... nicht ersetzen läßt, ist die Initiative ... des geborenen Unternehmers in der kapitalistischen Wirtschaft." (Kühnl, S. 105) Der Wiederaufbau der Bundesrepublik ist nicht den Arbeitern zu verdanken, sondern "nur auf der Grundlage der Förderung der Privatinitiative der Unternehmer gelungen". (Kühnl, S. 105) Im "Wirtschaftspolitischen Eildienst"der NPD heißt es: Die Löhne und Gehälter sind seit 1965 viel zu stark gestiegen, und in den "Deutschen Nachrichten" der NPD heißt es: Die Sozialausgaben im Bundeshaushalt für 1968 sind zu hoch. (Kühnl, S. 106) Diese Ansichten sind dem Kapital wiederum so teuer, daß es sich die NPD etwas kosten läßt. Der genannte Politische Wissenschaftler Reinhard Kühnl von der Universität Marburg kommt in der Untersuchung der Finanzierung der NPD zu dem Schluß: "Ein Teil der deutschen Großindustrie leistet ... der NPD finanzielle Unterstützung. Sie läuft über die "Freundeskreise der NPD", welche die Partei - Hitlers Kontakte zum "Industrieclub" vor Augen - einrichtete." (S. 69)

DIE NPD - DER BRAUNE FLECK AUF DER WEISSEN WESTE DES KAPITALS

NPD-Redner: Normales Vergasen

„Es gab schlimmere Verbrechen"

von Hassel nimmt NPD in Schutz

„Keine neonazistische Partei" / Krisengerede fördert Krise

Bonn denkt nicht an Verbotsantrag

Bundesinnenministerium will trotz Ausschreitungen nichts unternehmen

Überschriften aus der FRANKFURTER RUNDSCHAU, 19. und 29.7.69

Die Massnahmen gegen die Wertheimer Lehrer - ein Fall von alltäglichem Faschismus im Apparat

Der NPD-Parteitag hat Wertheim für ein Wochenende in den Mittelpunkt des Interesses rücken lassen. Am Montag, wenn er vorbei ist, wird wieder alles seinen gewohnten Gang gehen. Wie dieser Wertheimer Alltag aber beschaffen ist, haben erst kürzlich die Vorgänge an der hiesigen Oberschule gezeigt, deren vorläufiger Höhepunkt darin besteht, dass Helmut Kommer, Referendar am Wertheimer Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, aus dem Schuldienst entlassen wird.

Kommer hatte es mit noch 2 anderen Lehrern gewagt, in einem Konflikt zwischen dem Direktor der Schule und den Schülern, den der Direktor vom Zaun gebrochen hatte, auf Seiten der Schüler Stellung zu nehmen und sie solidarisch zu unterstützen.
Die Geschichte hatte damit angefangen, dass dem Oberstudiendirektor Max der mit absoluter Mehrheit gewählte Schulsprecher nicht passte, und Max nun durch Schikanen und faule Tricks den gewählten Schulsprecher nicht bestätigen wollte. Er hatte schon vorher massiv in die Wahl eingegriffen und dann versucht, die Mutter des Schülers unter Druck zu setzen. Die Schüler reagierten darauf mit einem Flugblatt, in dem sie das Verhalten des Direktors angriffen. Sie wurden in ihrem Protest von den Lehrern Kommer, Güde und Leonhardt unterstützt.
Die Schülermitverwaltung ist nun wahrhaftig keine besonders demokratische Einrichtung. Sie hat kaum Befugnisse. Es ginge auch ohne Schulsprecher und Parlament, meinte Direktor Max, denn schliesslich sei die Schule keine Demokratie und könne es nicht sein. Da scheint die Schülermitverwaltung aber geeignet, genau darüber hinwegzutäuschen, dass nämlich Direktor Max der einzige sein will, der bestimmt. (Max: "Wer von Ihnen würde sich das gefallen lassen.") Das klappt allerdings nur, wenn man dafür sorgt, dass nur die "richtigen" Schüler gewählt werden.

Aber Oberstudiendirektor Max, der so fest auf dem Herr-im-Hause-Standpunkt steht, ist doch nur ein Knecht des Oberschulamts. Als alle seine Versuche, die Bestätigung zu verhindern und die drei Lehrer zu isolieren, fehlgeschlagen waren, denunzierte er die Lehrer Güde, Leonhardt und Kommer beim Oberschulamt: "Es besteht gar kein Zweifel", so schrieb er, "dass hier der Aufstand geprobt und von den Herren Kommer, Güde und Leonhardt geheizt wird." Kommer war schon vorher in einem Leserbrief von Direktor Max in die Rolle des Rädelsführers katapultiert worden (Main-Tauber-Post 22.11.69): "Die Schüler solidarisierten sich gegen mich unter sachkundiger Anleitung eines jungen Lehrers, der dem SDS nahesteht und der hier zum Ausbildungsunterricht weilt und zweier weiterer Lehrer, die dieselben Gedanken vertreten und daraus auch keinen Hehl machen."

Dass man offensichtlich einen Hehl daraus machen soll, welche Gedanken man vertritt, ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass die NPD gegenwärtig nicht die einzige Erscheinungsform des Faschismus in Deutschland ist. Er steckt tief im Staatsapparat selbst. Schliesslich sind ja auch die Methoden, unliebsame Leute einfach rauszuschmeißen, nicht neu. So sind seit dem KPD-Verbot 1956 unzählige Kommunisten aus ihren Stellungen geflogen, weil sie Kommunisten waren und keinen Hehl daraus machten.

Zur Stellung der Beamten hat der Bundesdisziplinarhof so entschieden: "Es bleibt einem Staatsbürger in einer Demokratie grundsätzlich unbenommen, welche politische Gesinnung er vertritt... Ein Beamter hat darüberhinaus weitergehende politische Treuepflicht."

Kommer, der für nichts anderes eintrat als für das demokratische Prinzip der Wahl, wird "Treuebruch" vorgeworfen, deshalb wird er rausgeschmissen. Gegen Güde und Leonhardt laufen Disziplinarverfahren. Kommer ist übrigens Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), von der man bisher überhaupt noch nichts zu dem Fall gehört hat. Hier wäre eine Gelegenheit, den antifaschistischen Kampf auch wirklich zu führen.

In Wertheim jedenfalls gibt es als Folge dieser Ereignisse erste Ansätze einer linken Schülerbewegung.

AUS DEN DENUNZIATIONSBRIEFEN DES OBERSTUDIENDIREKTORS MAX AN DAS OBERSCHULAMT ,(vollständig abgedruckt im ROTEN FORUM, 1/70, S. 45-60, Heidelberg, 2.2.70) :

"Diese Herren haben eine Solidarisierung und Antihaltung der Schüler mir gegenüber bewirkt, wie sie noch nie da war, wie wir sie aber aus den Mustern der Großstädte kennen."

"Die Sache ist zugegebenermaßen nach den bekannten Modellen des SDS und der APO geplant und wird mit System gelenkt."

"Die Schule wird nach wie vor in permanenter Unruhe gehalten, das Diskutieren ist wie eine Krankheit, von der auch Lehrer sich anstecken lassen."